

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

84. Sitzung

Berlin, Freitag, den 19. Dezember 2003

Tagesordnungspunkt 1:

Vereinbarte Debatte zu den **Reformen in der Steuer-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik**

7362 B

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegin Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute letztlich über die Ergebnisse, auf die sich Bundeskanzler Schröder für die Bundestagsmehrheit und Angela Merkel für die Bundesratsmehrheit geeinigt haben. Über das fragwürdige Konstrukt des nächtlichen Miteinanders will ich hier nicht richten. Das Kuddelmuddel wird ohnehin durch Ihre Rechenkünste weit übertroffen. Plötzlich war 1 Milliarde Euro verschwunden. Inzwischen sind sie wieder aufgetaucht, allerdings als neue Schulden und dies auch bei den Ländern und Kommunen. Im Zivilrecht nennt man so etwas Schieberei.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Seit Montag sind beim Bundestag Tausende E-Mails, Protestschreiben, eingegangen. Dessen ungeachtet meinte der Bundeskanzler nach der Vermittlungsnacht: „Das ist das Signal, das die Menschen erwartet haben.“ Sie irren, Herr Bundeskanzler: Das ist das Signal, das viele befürchtet haben. Gleichwohl spreizen Sie und Frau Merkel sich als Gewinner. Es gibt aber mindestens drei Verlierer erster Klasse. Dazu gehören die Arbeit Suchenden, die Kommunen und der Osten. Zudem wurde fast alles wegvermittelt, was die SPD-Linke vordem ertrotzt hatte. Der Kündigungsschutz wird aufgeweicht, die Arbeitslosen werden gepresst, die Tarifautonomie wird weiter bedroht. Ich finde: Wer vor Einsetzung des Vermittlungsausschusses aufbegehrt und heute zustimmt, der darf sich nicht wundern, dass sich die Wählerinnen und Wähler auch wundern.

Präsident Wolfgang Thierse:

Kollegin Pau, gestatten Sie eine – überraschende – Zwischenfrage Ihrer Kollegin Löttsch?

Petra Pau (fraktionslos):

Gern, Frau Kollegin.

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos):

Vielen Dank, Herr Präsident. Es gibt im Leben noch Überraschungen; das ist richtig.

Überraschend war für uns leider nicht, dass die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses nicht fristgerecht eingereicht wurden. Ich möchte besonders auf das Haushaltsbegleitgesetz abheben, das uns gestern Abend verspätet zugeleitet wurde.

(Zurufe von der SPD: Frage!)

– Natürlich stelle ich gleich eine Frage. Aber eine Frage wird üblicherweise mit ein paar Sätzen eingeleitet, meine Herrschaften!

Frau Kollegin Pau, welche Auswirkung hat Ihrer Meinung nach das Haushaltsbegleitgesetz auf die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land?

Petra Pau (fraktionslos):

Diese Steuerreform hat Gewinner und Verlierer; das muss man der Ehrlichkeit halber sagen.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Frau Pau muss die Antwort ablesen!)

Gewonnen haben jene, die ohnehin bestens verdienen, vorausgesetzt, Frau Kollegin, sie zahlen überhaupt Steuern. Bei der Mehrheit der Bevölkerung deckt aber der Gewinn nicht einmal das ab, was ihnen durch Praxisgebühren, durch die Erhöhung der Medikamentenkosten und anderes genommen wird.

(Siegfried Scheffler [SPD]: Peinlich, sehr peinlich, weil sie alles abliest!)

Noch schlimmer ist allerdings: Das Sozialgeld wird Arbeitslosen und anderen Betroffenen genommen und kommt bei den Besserverdienenden aufgrund dieses Haushaltsbegleitgesetzes als Zubrot an. – So weit dazu.

Diese unsoziale Steuerreform wurde mit einer asozialen **Reform des Arbeitsmarktes** verknüpft. Sie folgt der Legende: Man müsse die Sozialhilfeempfänger nur aus ihrer Hängematte kippen und den Arbeitslosen Beine machen, dann komme ein neues Wirtschaftswunder. Wir alle wissen: Das ist Unsinn. Aber der Unsinn ist bei Ihnen – wider alle soziale und wirtschaftliche Vernunft – Programm.

Allein die Kürzung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau stößt in Zukunft vor allem im Osten Zigtausende in die Armut. Trotzdem besteht über ein niedrigeres Arbeitslosengeld Konsens, von den Grünen bis zur CSU. Geschachert wird immer noch darüber, wer letztlich zuständig sein wird: der Bund, die Länder oder die Kommunen? Berlins Sozialsenatorin, Frau Heidi Knake-Werner, hat darauf eine ganz schlichte Antwort: „Für mich sind das Land vor allem seine Bürgerinnen und Bürger.“ Genau diese werden aber aufgrund Ihrer Gesetespakete eher verlieren.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Hinzu kommt: Mit der Verarmung der Armen sinkt die Binnennachfrage. Getroffen werden die Kleinen, der Mittelstand und die Händler.

Sie werden also mit diesen Gesetzen keinen Aufschwung bewirken, sondern die Arbeitslosigkeit auf gleichem Niveau halten.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])